



Stuttgart, den 9. März 2006

Unsere Pressemitteilung vom 28. 01. 2006:

Oettinger beleidigt Atheisten in ganz Deutschland

Einige Wochen hat es nun gedauert dass auf unseren Brief, den wir an den Herrn Ministerpräsident Oettinger wegen seiner diffamierenden Aussage über Atheisten geschrieben haben, reagiert wurde. In vielen Zeitungen und Online-Diensten Baden-Württembergs wurde von unserer gleichzeitig bekannt gemachten Pressemitteilung Gebrauch gemacht, wofür wir uns herzlich bei den Medien bedanken möchten, die eine Meldung zu dem skandalösen Vorgang gebracht haben.

Gleichzeitig erlauben wir uns, nun über das bei uns eingegangene Schreiben des Staatsministeriums zu informieren, in dem die Aussage des Ministerpräsidenten als „in der Tat missverständlich und interpretationsbedürftig“ bezeichnet wird, die „der Korrektur in Form einer Entschuldigung“ bedarf. Diese Entschuldigung wurde im selben Schreiben gleich mit übermittelt und von dem geschäftsführenden Vorstand unseres Verbandes positiv zur Kenntnis genommen. Und eigentlich wollten wir es auch damit sein bewenden lassen.

Doch die sich an die Entschuldigung anschließende erklärende Einordnung des Vorgangs ist nun allerdings zumindest kommentierungsbedürftig, weil völlig inakzeptabel. Weder kann dem hier postulierten „allgemeinen Wertebezug“ zwischen „christlich-abendländischer“ Mehrheit und muslimischer Minderheit gefolgt werden, in der der Ministerpräsident „das Verbindende“ zu erkennen glaubt, das „stärker gesehen werden sollte“. Denn was kann damit in diesem Zusammenhang anderes gemeint sein, als ein wie auch immer definiertes „Gottesbekenntnis“, das man nun aber einem Atheisten mit Ernst nicht zumuten kann! Noch kann man den so definierten „Kern der Aussage“ als für alle verbindlich erklären, die sich „auf ethische und moralische Grundsätze berufen“. Denn das würde in der Konsequenz heißen, dass es ohne ein „Gottesbekenntnis“ keine „ethischen und moralischen“ Grundsätze gäbe, was zwar absurd ist, der Ministerpräsident bzw. sein Schreiber im Staatsministerium aber dennoch zu glauben scheinen, bzw. als allgemein verbindlich voraussetzen.

Doch machen Sie sich am Besten selbst ein Bild von dem – trotz vorausgehender und positiv zur Kenntnis genommener Entschuldigung – unbefriedigendem Bemühen des Staatsministeriums, die von uns mit Recht beanstandete Aussage des Herrn Ministerpräsidenten Oettinger im Kern dann irgendwie noch zu retten.

Andreas Henschel
(Geschäftsführer)